

TÜRKISCHE ENERGIEPOLITIK UND DEUTSCHE EXPORTE: EINE NACHHALTIGE MISCHUNG?



13. Juni 2005 | 20 Uhr
Bank für Sozialwirtschaft

ES DISKUTIEREN

Begrüßung: Sascha Müller-Kraenner
(Böll Stiftung Berlin)

Christian Ströbele
(MdB/Die Grünen)*

Wolfgang Koberski
(Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit)*

Özgür Gürbüz:
Leiter der Energie Kampagne von Greenpeace in der
Türkei/Thema: Energiepolitik der Türkei (Delegation)

Arif Arslan:
Vorsitzender des Komitee zur Rettung der
antiken Stadt Hasankeyf (Delegation)

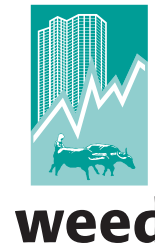
Handan Coskun:
Vorsitzende der staatlichen Behörde von DIKASUM
(Delegation)

Moderation: Daniela Setton (WEED)
(WEED/Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung)

* angefragt

VERANSTALTER

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG



Aus Mitteln des Auswärtigen Amtes

WANN | WO

Zeit: 13. Juni 2005, 20 Uhr

Ort: Bank für Sozialwirtschaft
Oranienburger Str. 13/14
10178 Berlin

Mit der S-Bahnlinie 1 und 2 (Haltestelle Oranienburger Straße) und mit den S-Bahnlinien 3, 5, 7, 75 und 9 zur Station Hackescher Markt. Außerdem mit den Straßenbahnlinien 1 und 6 (bis zur Station Monbijouplatz), bzw. die Straßenbahnlinien 2, 3, 4, 5 und 53 bis zur Station Hackescher Markt.

Bis zum Sitz der Bank für Sozialwirtschaft sind es dann jeweils nur noch wenige Meter.

KONTAKT

Barbara Assheuer
Tel: +49.30.28534-390
Fax: +49.30.28534-5390
Assheuer@BOELL.DE

Daniela Setton
Figen Bozyigit
Tel. +49.30-275 82
Fax: +49.30-275 96 928
daniela.setton@weed-online.org
figen.bozyigit@weed-online.org

VERANSTALTUNG

Trotz erfolgreicher Proteste der türkischen Bevölkerung und einem enormen Potential für regenerative Energien finden sich im türkischen Energiesektor zahlreiche Beispiele für den Rückfall in eine Umweltpolitik der 70er Jahre. Der bevorstehende Bau des Ilisu-Staudamms im Südosten der Türkei ist ein Paradebeispiel der türkischen Energiepolitik: Das unter menschenrechtlichen und ökologischen Gesichtspunkten hoch umstrittene Projekt wurde vor zwei Jahren aufgrund des Drucks türkischer und internationaler Proteste zunächst einmal zu den Akten gelegt. Wenn das Kartellamt in Brüssel im Juli der Übernahme zustimmt, soll Siemens durch seine Tochterfirma VA Tech als Konsortiumsführer den Bau des Ilisu-Staudamms durchführen – zugleich ist Siemens aussichtsreichster Bewerber für das erste Atomkraftwerk der Türkei.

Während die Europäische Union also auf der einen Seite den Beitrittsbewerber Türkei zur Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards ermahnt und die deutsche Vorreiterrolle bei der Förderung erneuerbarer Energien hervorgehoben wird, sind deutsche Unternehmen am Export eines zweifelhaften Energiemodells beteiligt und unterlaufen dabei nicht selten die Einhaltung von EU- und OECD-Standards.

Nicht selten werden außerdem die umstrittenen Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen mit Krediten der deutschen Export-Kredit-Agentur Hermes gefördert. So könnte auch Siemens beim Bau des Ilisu-Staudamms in den Genuss der deutschen Außenwirtschaftshilfe kommen.

Am Beispiel des Ilisu-Staudamms soll auf der Veranstaltung die türkische Energiepolitik dargestellt werden und kritische Stimmen aus der Türkei kommen zu Wort. Diskutiert werden soll, ob deutsche Exportinteressen einer nachhaltigen und ökologischen Politik entgegenstehen.

Wie kann eine verantwortungsvolle und fortschrittliche Energiepolitik, die europäischen Standards entspricht, innerhalb der deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen umgesetzt werden? Welche Verantwortung tragen deutsche Unternehmen? Welche Schritte sollte die deutsche Außenwirtschaftspolitik gehen?

Wolfgang Koberski vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und Christian Ströbele, Bundestagsabgeordneter der Grünen diskutieren mit Delegierten aus der Türkei am Beispiel des Ilisu-Staudamms, wie Grundzüge einer zukünftigen energiepolitischen Partnerschaft zwischen Deutschland und der Türkei aussehen können.

Bei den VertreterInnen aus der Türkei handelt es sich um Handan Coskun – Vorsitzende der Behörde für die Reintegration von zwangsumgesiedelten Frauen und ihren Familien der Stadt Diyarbakir, Arif Arslan – Journalist und Vorsitzender des Komitees zur Rettung der antiken Stadt Hasankeyf und Özgür Gürbüz - Referent für Energiepolitik von Greenpeace Türkei .

HINTERGRUND

TESTFALL ILISU STAUDAMM

Umweltschützer, Menschenrechtsaktivisten und Archäologen hatten deutlich vor den katastrophalen Folgen Projekts gewarnt. So könnte der Ilisu Staudamm zur Verschärfung des Wasserkonflikts in Nahost beitragen. Ein weiterer Kritikpunkt ist die geplante Umsiedlung von ca. 70 000 Menschen, in der Mehrheit Kurden. Auch Umweltschützer warnen vor den ökologischen Folgen für die gesamte Region, wie sie bereits bei anderen Großstaudämmen zu beobachten sind.

Für große Empörung und Unverständnis hat auch die geplante Zerstörung bedeutender Kulturgüter – wie der 12 000 Jahre alten Stadt Hasankeyf, die aufgrund ihres Status als nationalem Kulturerbe eigentlich unter Schutz steht, gesorgt. Die von Archäologen als „lebendes Museum“ bezeichnete Stadt am Tigris, soll nun im Ilisu Stausee untergehen.



Mit einem Volumen von über 10 Mrd. Euro im Jahr haben Hermes-verbürgte Lieferungen in Entwicklungsländer ein doppelt so hohes Volumen wie die gesamte deutsche jährliche Entwicklungshilfe (2002: 6,34 Milliarden Euro). Dabei ist nicht gewährleistet, dass diese Lieferungen im Einklang mit den Zielen der deutschen Entwicklungspolitik und oder EU Menschenrechts- und Umweltstandards stehen. Zurzeit wird die erneute Anpassung der Hermesrichtlinien diskutiert. Ende 2003 haben sich die Industrieländer im Rahmen der OECD auf einen gemeinsamen Ansatz für Standards für Exportkredite geeinigt, der nun national umgesetzt werden muss. Der Ilisu Staudamm könnte somit nicht nur zum Testfall für Siemens, sondern auch für die deutsche Wirtschaftsförderung werden.